

Der deutsche Weltvertriebenentag 19.06.2015

BERLIN (Eigener Bericht) - Am morgigen Weltflüchlingstag wird in Deutschland zum ersten Mal der "Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung" begangen. Mit einer Gedenkstunde soll insbesondere an die Umsiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg und zugleich an die deutsche Vergangenheit größerer Teile Ost- und Südosteuropas erinnert werden. Demselben Ziel dienen eine Reihe weiterer Maßnahmen der Bundesregierung. Menschenrechtsorganisationen hingegen dringen zum Weltflüchlingstag auf eine Abkehr von der EU-Flüchtlingsabwehr. "Die europäische Untätigkeit angesichts der weltweiten Flüchtlingskrise ist tödlich", moniert etwa Amnesty International; es müssten weit mehr Flüchtlinge in der EU aufgenommen werden als bisher. Bei der Bundesregierung stößt die Forderung auf klare Ablehnung. Bundesinnenminister Thomas de Maizière stellt in Aussicht, die Grenzkontrollen innerhalb der Schengenzone wieder einzuführen, sollte Italien die über das Mittelmeer eingereisten Flüchtlinge nicht an der Fahrt nach Norden in Richtung Deutschland hindern. Für die kommenden Tage sind in Berlin Proteste gegen die mörderische deutsch-europäische Flüchtlingsabwehr angekündigt: "Die Toten kommen".

Flucht und Vertreibung

Mit einer feierlichen Gedenkstunde begeht Berlin am morgigen Samstag den ersten "Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung". Der Gedenktag fällt, einem Beschluss der Bundesregierung vom 27. August 2014 zufolge, jedes Jahr auf den 20. Juni, den die Vereinten Nationen zum "Weltflüchlingstag" erklärt haben. Damit knüpft die Bundesrepublik an die breite Aufmerksamkeit an, die sich gegenwärtig auf das Schicksal der weltweit fast 60 Millionen Flüchtlinge richtet; diese Aufmerksamkeit nutzt sie, um einmal mehr die Umsiedlung der Deutschen aus Ost- und Südosteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg ausführlich zu thematisieren. Zugleich nivelliert sie die prinzipiellen Differenzen, die zwischen den aktuellen Fluchtbewegungen auf der einen Seite und der politisch in den Verbrechen des NS-Vernichtungskriegs in Osteuropa begründeten Umsiedlung der Deutschen auf der anderen Seite bestehen. Für die morgige Gedenkstunde ist entsprechend neben einer Rede einer "Vertriebenen aus dem Sudetenland" und einer Rede des Präsidenten des "Bundes der Vertriebenen" (BdV) eine Rednerin angekündigt, die als "Flüchtling aus Nordafrika" bezeichnet wird. Die Veranstaltung wird von Innenminister Thomas de Maizière eröffnet; Bundespräsident Joachim Gauck soll eine Ansprache halten.

In die Gesellschaft tragen

Der Gedenktag ist nur eine von mehreren Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung versucht - wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel beim "Tag der Heimat" 2014 formulierte -, "die Erinnerung an das Schicksal und die Kultur der Vertriebenen in die Gesellschaft zu tragen, auch zu denjenigen, die sich nicht aus eigenem Erleben oder familiärem Hintergrund für das Thema interessieren".[1] Abgesehen von dem neuen Gedenktag dient diesem Ziel vor allem die bundeseigene "Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung", die gegenwärtig im zentral gelegenen Berliner "Deutschlandhaus" ein Dokumentationszentrum zur Umsiedlung der Deutschen errichtet.[2] Darüber hinaus finanziert die Bundesregierung Museen, Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen, die sich mit der Umsiedlung oder mit der Geschichte deutschsprachiger Minderheiten in Ost- und Südosteuropa befassen, mit hohen Summen. 2014 belief sich der entsprechende Haushaltsposten auf rund 23 Millionen Euro. Unterstützt werden nach wie vor auch die Vertriebenenverbände. Ergänzend werden auch einzelne Bundesländer aktiv. So haben Bayern, Hessen und Sachsen einen eigenen landesweiten Gedenktag zur Erinnerung an die Umsiedlung eingeführt (jeweils am zweiten Sonntag im September). Bayern errichtet zudem zur Erinnerung an die deutschsprachige Minderheit in der Tschechoslowakei ein "Sudetendeutsches Museum".[3]

Tödliches Europa

Während Berlin den 20. Juni zur Polit-PR für die deutschen Umgesiedelten und damit zur Erinnerung an die deutsche Vergangenheit größerer Teile Ost- und Südosteuropas nutzt, fordern Menschenrechtsorganisationen anlässlich des morgigen Weltflüchtlingstags eine sofortige Abkehr von der deutsch inspirierten Flüchtlingsabwehr der EU. "Statt der tödlichen Abschottungspolitik brauchen wir endlich mehr legale und sichere Zugangswege für Flüchtlinge nach Europa", erklärt exemplarisch die Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Selmin Çalışkan: Es sei "an der Zeit, Resettlement- und humanitäre Aufnahmeprogramme für Flüchtlinge erheblich auszubauen, den Familiennachzug zu hier lebenden Flüchtlingen zu erleichtern und die Visapolitik zu liberalisieren". Europa, ein Wohlstandszentrum, biete gegenwärtig "nur etwa 5.000 Resettlement-Plätze an" und bleibe "auch mit gerade einmal einer halben Million Asylanträgen in vergangenen Jahr ... weit hinter seinen Möglichkeiten und Verpflichtungen zurück".[4] Das müsse sich ändern, moniert Çalışkan: "Die europäische Untätigkeit angesichts der weltweiten Flüchtlingskrise ist tödlich."

Fingerabdrücke und Grenzkontrollen

Auf Gehör stößt dies bei der Bundesregierung, die sich für Amnesty International stets dann interessiert, wenn die Organisation außenpolitische Gegner der Bundesrepublik kritisiert, nicht. Stattdessen droht sie, Grenzkontrollen innerhalb der Schengenzone einzuführen, um Flüchtlinge aus dem Land zu halten. Hintergrund ist, dass Italien verlangt, die Flüchtlinge, die in Südeuropa ankommen, auf sämtliche EU-Staaten zu verteilen. Berlin lehnt dies ab und verweist auf die "Dublin-Verordnungen", denen zufolge Flüchtlinge in denjenigen EU-Staaten zu versorgen seien, in denen sie erstmals EU-Territorium betreten hätten. Um die deutsche Blockade zu durchbrechen, ist Rom dazu übergegangen, den Flüchtlingen nicht regelmäßig die Fingerabdrücke abzunehmen - das erschwert den Nachweis ihrer Einreise via Italien - und ihnen die Weiterfahrt Richtung Norden zu gestatten. Innenminister Thomas de Maizière hat nun, um dagegen vorzugehen, demonstrativ während einer längeren Zeitspanne um den G7-Gipfel an außerordentlichen Grenzkontrollen in Süddeutschland festgehalten - und damit die Einreise von Flüchtlingen aus Italien verhindert.[5] Diese Woche hat er mitgeteilt, würden die "Dublin-Verordnungen" weiterhin nicht eingehalten, "dann könnte am Ende das Ende des freien Verkehrs in Europa stehen".[6] Zugleich hat er angekündigt, Italien "helfen" zu wollen, "Hotspots" für die Registrierung von Flüchtlingen einzurichten - Erfassung ihrer Fingerabdrücke inklusive. Dies soll die Einreise von Flüchtlingen in die Bundesrepublik deutlich erschweren.

Die Toten kommen

Während die Bundesregierung weiter gegen Flüchtlinge vorgeht und den Weltflüchtlingstag zum Gedenktag für die deutschen Vertriebenen umfunktioniert, haben in Berlin Proteste gegen die mörderische deutsch-europäische Flüchtlingsabwehr begonnen. Die Aktionsgruppe "Zentrum für politische Schönheit" hat die Leiche einer im Mittelmeer ertrunkenen Syrerin in die deutsche Hauptstadt überführt und sie am Dienstag dort beerdigen lassen. Für den heutigen Freitag ist eine zweite Bestattung eines verstorbenen Einwanderers in Berlin angekündigt. Es kämen in diesen Tagen "Menschen, die auf dem Weg in ein neues Leben an den Außengrenzen der Europäischen Union ertrunken oder verdurstet sind, nach Berlin", erläutert das "Zentrum für politische Schönheit": "Es geht um die Sprengung der Abschottung des europäischen Mitgefühls. Gemeinsam mit den Angehörigen haben wir menschenunwürdige Grabstätten geöffnet und tote Einwanderer exhumiert. Sie sind jetzt auf dem Weg nach Deutschland." [7] Für Sonntag wird ein "Marsch der Entschlossenen" angekündigt, der tote Flüchtlinge vor das Kanzleramt bringen soll. Man wolle sie, heißt es, "direkt vor den politischen Entscheidungsträgern ... beerdigen".

Mehr zur deutsch-europäischen Flüchtlingsabwehr: [Grenzen dicht! \(I\)](#) , [Grenzen dicht! \(II\)](#) , [Kein Ende in Sicht](#) , [Die Flüchtlings-Todesregion Nr. 1](#) , [Krieg gegen Flüchtlinge](#) und [Krieg gegen Flüchtlinge \(II\)](#) .

[1] Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Tag der Heimat am 30. August 2014 in Berlin. www.bund-der-vertriebenen.de.

[2] S. dazu [Eine Propagandaveranstaltung](#) , [Vertreibung aus dem Leben](#) , [Weichen für die Zukunft](#) und [Geschichte à la carte](#) .

[3] S. dazu [Die Kanzlerin der Vertriebenen](#) .

[4] Europa kann und muss mehr Flüchtlinge aufnehmen! www.amnesty.de 18.06.2015.

[5] Hans-Jürgen Schlamp: Italien will Europa der zwei Barmherzigkeiten. www.spiegel.de

15.06.2015.

[6] Michael Stabenow: Demonstrativ freundschaftlich. Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.06.2015.

[7] Die Toten kommen. www.politicalbeauty.de.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com